

Myanmar: Reformprozess unterstützt Arbeitnehmerrechte

Der Autor ist
Geschäftsführer
der Südostasien
Agentur für inter-
kulturelle Kom-
munikation und
Wirtschaftsbe-
ratung econAN
international.

Nach knapp 60 Jahren politischer Isolation, einer strikten Militärdiktatur und wirtschaftlicher Blockade durch westliche Sanktionsbestimmungen beginnt sich Myanmar der globalisierten Welt zu öffnen. Erstaunen über eine derartige Entwicklung kann dabei lediglich die schnelle Umsetzung des Reformprozesses hervorrufen. Bereits 2003 stellte General Khin Nyunt – damaliger Premierminister – einen Sieben-Punkte-Plan zur Demokratisierung des Landes vor, dessen Ziel die Machtübergabe an eine zivile Regierung vorsah.

Weder der Zyklon Nargis noch die Safranfarbene Revolution im Jahr 2008 konnten diesen – militärisch durchexerzierten – Plan gefährden. Im November 2011 fanden die ersten Wahlen in Myanmar seit 1989 statt. Im April 2012 ebneten Nachwahlen auch der größten Oppositionspartei, National League for Democracy (NLD), unter der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi den Weg in das Parlament.

Erstaunlich ist allerdings, wie die reformorientierte Regierung in Naypyidaw unter dem Präsidenten Thain Sein von den alten Eliten zu mehr Eile bei dem Demokratisierungsprozess gedrängt wird. Der Sprecher des Unterhauses (Pyithu Hluttaw), Thura Shwe Mann – hinter Than Shwe und Maung Aye dritter Kopf des ehemaligen Militärapparates – versucht den Reformprozess ständig zu beschleunigen und sich als neuer Reformator gegenüber dem Westen zu positionieren.

Soziale Proteste beeinflussen die politische Entscheidungsfindung

Mit den Reformen scheinen sich aber auch die Wege der politischen Entscheidungsfindung zu verändern. Wurden in der Vergangenheit Entscheidungen vor allem entlang der hierarchisch etablierten Befehls-

kette getroffen, ist mittlerweile auch ein *Bottom up*-Prinzip zu erkennen, bei dem es Bevölkerungsgruppen möglich ist durch Artikulation Ihrer Meinungen das politische Handeln zu beeinflussen.

Bestes Beispiel dafür ist die Aussetzung der Planung für den chinesisch finanzierten Myitsone-Staudamm am Oberlauf des Ayeyarwady-Flusses, der auf starke Ablehnung in der dort ansässigen Bevölkerung stieß. Der Myitsone-Staudamm ist Teil eines sieben Staudämme umfassenden 20 Milliarden US-Dollar Projektes und würde eine Fläche von rund 1.127 Quadratkilometern an der Grenze zu China überfluten. Die Tatsache, dass knapp 70 Prozent der Energieproduktion nach China exportiert werden sollte, ist wohl ein Punkt, der die Entscheidung der Regierung, das Projekt auf Eis zu legen, erleichterte. Allerdings bleibt abzuwarten, ob sich die Regierung in Myanmar tatsächlich der bereits ausgehandelten Kooperation mit den chinesischen Partnern entziehen kann.

Dieser neue Geist der Einmischung und Artikulation eigener Interessen gegenüber Eliten und Vorgesetzten findet sich auch in anderen Bevölkerungsgruppen und Themen wieder. Dazu gehören die jüngsten Proteste gegen Energieknappheit, die sich nicht nur gegen das eigentliche Problem richten, sondern auch das Missmanagement der vergangenen Jahrzehnte thematisieren. Generell kann gesagt werden, dass sich die Reformen zwar in die richtige Richtung bewegen, die alten Strukturen aus Nepotismus und Vetternwirtschaft aber weiterhin überwiegen und überwunden werden müssen.

Bemerkenswert ist die Durchführung derartiger Proteste ohnehin. Wurde in der Vergangenheit doch jede Form der politischen Partizipation im Keim erstickt und blutig niedergeschlagen. Bedenkt man die extremen Repressalien, die noch 2007 gegen die Mönchsproteste angewendet wurden, gleicht die jetzige Situation einem kleinen Wunder, durch das Kritik ohne Furcht geäußert werden kann.

Neues Gesetz stärkt Rechte der Arbeitnehmer

Vorbildlich ist die Etablierung nötiger Rahmenbedingungen, die derartige Meinungsäußerungen auf eine legale rechtliche Grundlage stellen. Dabei orientiert sich die Legislative in den meisten Fällen an internationalen Standards und greift auf die Erfahrungen internationaler Organisationen zurück.

Mit Unterstützung der International Labour Organisation (ILO) implementierte die Regierung im März 2012 das Labour Disputes Law, das den Trade

Der Einzug von
Global Player in
Myanmar.
Foto: Luise
Weiß



Union Act von 1962 ersetzt, durch den damals alle Gewerkschaften verboten wurden. Arbeitnehmern ist es seit diesem Frühjahr gestattet, Gewerkschaften mit mindestens 30 Teilnehmern zu gründen und diesen nach eigenem Willen beizutreten oder sie wieder zu verlassen. In diesem Rahmen steht den Arbeitern das Recht zu, eigene Tarifverhandlungen zu führen, Proteste und Streikes zu organisieren – die nicht die Transport- oder Sicherheitsinfrastruktur blockieren – und ihre Interessen gegenüber den Arbeitgebern offen darzulegen. In der Privatwirtschaft müssen Streiks mindestens drei Tage vor Arbeitsniederlegung angekündigt werden, im öffentlichen Sektor ist ein Vorlauf von mindestens zwei Wochen vorgeschrieben.

Arbeitgeber, die ihre Beschäftigten rechtswidrig davon abhalten zu streiken oder einer Gewerkschaft beizutreten, müssen mit empfindlichen Strafen rechnen. Bei Missachtung des geltenden Rechts können Strafen bis zu einem Jahr Freiheitsentzug und einer Geldstrafe von rund 100.000 myanmarischen Kyat (ca. 95 Euro) drohen. Wohingegen Arbeitnehmer, die gegen geltendes Recht Streiks beginnen, mit einem Freiheitsentzug von bis zu einem Jahr und einer Geldstrafe von 30.000 myanmarischen Kyat (ca. 27 Euro) rechnen müssen.

Myanmar billigstes Produktionsland

Die Inkraftsetzung des neuen Gesetzes folgte einer Reihe von kleineren Protesten, bei denen Arbeitnehmer zu niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen beklagten. Im Vergleich zu anderen Staaten in der Region sind die Lohnkosten für Arbeitskräfte in Myanmar relativ niedrig. Die durchschnittlichen Löhne liegen inklusive zu bezahlender An- und Abfahrt zur Arbeitsstelle per Bus, einer warmen Mahlzeit, Sozialversicherung usw. bei rund 75 Euro im Monat. Bei fünf Wochenarbeitstagen je acht Arbeitsstunden entspricht das einem Stundenlohn von knapp 0,50 Euro. Damit ist Myanmar, neben Bangladesch und Indien, als eines der billigsten Produktionsländer anzusehen.

In etlichen Fällen sind aber auch Arbeitszeiten von 12 bis 16 Stunden der Normalfall, die mit einem Tageslohn von lediglich 8000 myanmarischen Kyat (ca. 7,50 Euro) abgegolten werden. Ebenso sind die Arbeitsbedingungen in den Produktionsstätten auf einem sehr niedrigen Niveau. Es fehlt an moderner Technik, Arbeitsgeräten und hygienischen Standards. Die Regierung versucht zwar auch hier mit Vorschriften die Situation zu verbessern, allerdings können die Umstände nicht von einem auf den anderen Tag verändert werden, sondern bedürfen weiterer Unterstützung und einem Know-how-Transfer aus dem industrialisierten Ausland.



Träger im Hafen von Yangon.
Foto: Luise Weiß

Gegen die niedrigen Arbeitslöhne und schlechten Arbeitsbedingungen regte sich bereits 2010 erster Widerstand. Unter anderem ging es um kleine Verbesserungen am Arbeitsplatz, wie beispielsweise die Aufhebung der Toilettenzeiten, die Beschränkung der Arbeitszeiten bis spätestens 21 Uhr und die Einhaltung der Urlaubsregeln an gesetzlichen Feiertagen. Die Proteste fanden vor allem in den Industriezonen Shwe Pyi Thar und Hlaing Tharyar in Yangon statt und wurden von einem massiven Aufgebot an Sicherheitskräften begleitet. Dennoch schafften es die Arbeiter der Textilfabriken Sky und der Opal-2 garment factory sowie der Grand Royal Whisky Brauerei etliche Zugeständnisse der Arbeitgeber zu erhalten, ohne dass es zu Auseinandersetzungen oder Repressalien gekommen wäre.

Streiks weiten sich aus

Mit dem Rückenwind der ersten Proteste und der Legalisierung durch das neue Gesetz, begannen Streiks auch in anderen Fabriken und Sektoren. Ausgehend von der Tai Yi shoe factory in der Hlaing Tharyar Industriezone bei Yangon, entstanden seit Anfang Mai täglich neue Proteste, die mehr oder weniger öffentlichkeitswirksam durchgeführt wurden. Besonders betroffen sind neben Hlaing Tharyar die Industriezonen Shwepyithar, Taikgy und Hmawbi in Yangon. Auch hier geht es in den meisten Fällen um eine Anhebung der Mindestlöhne und den Sonntag als arbeitsfreien Tag. In einigen Fällen sind auch die Arbeitsbedingungen und das generelle Arbeitsklima Thema der Streiks, bei denen sich die Arbeiter gegen unhygienische Bedingungen oder sexuelle Übergriffe und Misshandlungen durch ihre Vorgesetzten zur Wehr setzen. Etliche Arbeiter beschwerten sich auch über die Verbote bei der Arbeit zu sprechen, nicht auf die Toilette gehen

Einkaufsstraße in
Yangon.
Foto: Luise
Weiß



zu dürfen und Lohn einbußen wegen kleinerer Vergehen zu erhalten.

Ende Mai 2012 beendeten Arbeiter der Crown steel factory ihren zweiwöchigen Hungerstreik mit dem Ergebnis, dass alle Ihre Forderungen von den Arbeitgebern anerkannt und umgesetzt wurden. An anderer Stelle schafften es Arbeiter durch einen ausgedehnten Streik, eine Lohnerhöhung von 28.000 myanmarischen Kyat (ca. 25 Euro) durchzusetzen. Generell scheint es so zu sein, dass die umfangreichen Proteste etliche Arbeitgeber an den Verhandlungstisch bringen und über Lösungen nachdenken lassen. Derweil gehen die Proteste weiter und haben sich bereits auf die zweitgrößte Stadt des Landes Mandalay ausgeweitet. Fast 300 Arbeiter der Aung Sein textile and wool factory begannen Anfang Juni einen Streik für mehr Lohn, bessere Gesundheitsversorgung, Versicherungsschutz, arbeitsfreie Sonntage und ein Ende von Repressalien durch ihre Vorgesetzten.

Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung wird unterstützt

Es ist wichtig zu unterstreichen, dass derartige Probleme nicht generell in allen Fabriken des Landes vorkommen. Auch sind die streikenden Arbeiter noch oft auf sich allein gestellt. Die nur wenig gebildeten Arbeiter wissen nur in den seltensten Fällen, wie sie das neue Gesetz für sich anwenden können. Auch denken viele, dass sie sich mit ihren Aktionen noch immer am Rande der Legalität befinden. Gewerkschaften sind in Myanmar längst noch nicht etabliert und können in der Regel nicht die Interessen der Arbeiter vertreten. Für eine nachhaltige Verbesserung der Lage wird es in Zukunft darauf ankommen, dass sich die Angestellten ihrer Rechte bewusst werden. Auf der anderen Seite müssen auch die Arbeitgeber verstehen, dass Gewerkschaften nicht gegen Manager und Vorgesetzte agieren, sondern Institutionen sind, die durch Verhandlungen Probleme aus der Welt schaffen können.

Eine Entwicklung, die hilft die Situation der Arbeitnehmer in Myanmar zu verbessern, wird nicht

nur von Aung San Suu Kyi unterstützt, sondern auch von der Regierung fokussiert. Bei seinem Besuch in Bangkok sprach sich der myanmarische Arbeitsminister, Aung Kyi, für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung aus, die den Menschen im Land zu Gute kommen sollte. Gleiches ist von der Myanmar Women Entrepreneur Association (MWEA) zu vernehmen, die auch die Sichtweise einer sozialen Wirtschaftsentwicklung unterstützen.

Ausländische Investoren haben jetzt die Chance, sich diesen Bemühungen anzuschließen und durch die Etablierung westlicher Arbeitgeberstandards zu einer Verbesserung am Arbeitsplatz beizutragen. In der Regel kann davon ausgegangen werden, dass bei einer besseren Behandlung der Arbeitnehmer auch die Streikgefahr unterbunden werden kann. Durch Corporate Social Responsibility wird somit nicht nur ein Vorteil in den Produktionsstätten in Myanmar erreicht. Immer mehr Konsumenten in den westlichen Absatzmärkten achten bei ihrer Produktwahl verstärkt auf nachhaltige und fair produzierte Waren. Eine Vermarktung der sozialen Verantwortung und das Herausstellen einer unternehmerischen Geschäftsverantwortung zur Unterstützung der myanmarischen Arbeitnehmer können auf den westlichen Absatzmärkten nur von Vorteil sein.

Literatur:

- > Allchin, Joseph: New law gives Burmese right to strike. in: MyanmaThadin. <http://www.myanmathadin.com>, 12. März 2012.
- > AP: Burma law allowing strikes takes effect. in: Sydney Morning Herald <http://news.smh.com.au>, 11. März 2012.
- > Aye Nai: Rangoon strike ends but unrest prevails. in: Democratic Voice of Burma: <http://www.dvb.no>, 5. März 2010.
- > Aye Nai: Strikes spread to Mandalay. in: Democratic Voice of Burma: <http://www.dvb.no>, 8. Juni 2012.
- > DVB: More workers protests in Rangoon. in: Democratic Voice of Burma: <http://www.dvb.no>, 18. Februar 2012.
- > Lorenz, Michael: Neues aus Myanmar (Burma). Newsletter Rechtsanwaltskanzlei Lorenz & Partner. Mai 2012.
- > Nay Thwin: Hunger strike ends, owner agrees to worker' demands. in: Democratic Voice of Burma, <http://www.reuters.com>, 30. Mai 2012.
- > R.C. Marshall, Andrew/Szep, Jason: Myanmar protests an opportunity to show more reform. in: Reuters. <http://www.reuters.com>, 25. Mai 2012.
- > Shwe Yinn Mar Oo: Myanmar workers embrace new strike right. in: The China Post. <http://www.chinapost.com.tw>, 21. Mai 2012.
- > Talbott, Kirk: Burma at a crossroads for peace-building and natural resource governance. in: Open Briefing, <http://www.openbriefing.org>, 13. Juli 2012.